Donnerstag, 22. Mai 2025

PSKF AUF DEM HOLZWEG

Wort der FEDE-Präsidentin

Während der Grosse Rat seine Frühlingssession abhält, sind die Debatten über die Finanzlage des Kantons in vollem Gang. Gewisse Politiker halten die Personalkosten für zu hoch und sehen sie als einen der Hauptgründe für die Verschuldung.

Zugegeben – dass die Ausgaben 2024 1,5 Milliarden überstiegen, könnte dieser eingeschränkten und rückwärtsgewandten Sichtweise Vorschub leisten. Gemäss dieser Sichtweise gehören die Lohnkürzungen, die das Programm zur Sanierung der Kantonsfinanzen (PSKF) vorsieht, zuoberst auf die Liste der zu verabschiedenden Lösungen.

Doch das ist nicht der springende Punkt.
Wäre es in einem Kanton, in dem die Bevölkerungszahlen explodieren und die sozialen Strukturen – Pflegeheime, spezialisierte Institutionen, Schulen, Pflege, Behördenschalter – bereits jetzt überlastet sind, nicht dringend nötig, in öffentliche Dienste zu investieren, die den wachsenden Bedürfnissen der aktuellen und künftigen Bevölkerung gerecht werden können? Wollen wir wirklich ein Freiburg, das seinen zukunftsorientierteren Nachbarn hinterherhinkt?

Die in so wichtigen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Sozialwesen vorgesehenen Kürzungen sind schlichtweg inakzeptabel. Die Bevölkerung braucht diese Säulen unserer Gesellschaft, sie sind Garanten unserer Lebensqualität. Die öffentlichen Dienste benötigen ausreichend Personal, das vom Staat als respektvollem und würdigem Arbeitgeber wertgeschätzt wird.

Von den zahlreichen PSKF-Massnahmen, die das Personal ins Visier nehmen, sind einige besonders besorgniserregend:

- Kein Teuerungsausgleich während drei Jahren, ausser der Konsumentenpreisindex erreicht 117 Punkte – das ist gleichbedeutend mit einem Kaufkraftverlust.
- Verschiebung der jährlichen Lohnprogression um sechs Monate vom 1. Januar auf den 1. Juli, was die Laufbahnentwicklung verlangsamt.
- Einführung eines Solidaritätsbeitrags, eine befristete Lohnkürzung mit unklaren Modalitäten, die aber die Belastung für die Angestellten weiter erhöht.

Und das ist nur ein Teil der beabsichtigten Massnahmen. Weitere Vorschläge betreffen die tiefen Löhne (kein Ausgleich der kalten Progression), die Arbeitsbedingungen (insbesondere in spezialisierten Institutionen) und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten (Senkung des Budgets für Personalpolitik) – und all dies ohne Abstimmung mit den Sozialpartnern.

Und wenn wir vom Bevölkerungswachstum sprechen: Dieses birgt auch ein Potenzial für höhere Steuereinnahmen. Warum also schliessen unsere Behörden eine Anpassung des kantonalen Steuerfusses von Vornherein aus? Warum die Gemeinden mit zusätzlichen 17 Millionen Kosten belasten, wenn einige unter ihnen bereits unzureichende Einnahmen melden, ja sogar «Haushaltsstürme seltener Intensität» («La Gruyère», 17. Mai 2025)? Schlussendlich sind es dann einfach die Gemeinden, die ihre Gemeindesteuern erhöhen müssen.

Die Kaufkraft der Freiburgerinnen und Freiburger wird dahinschmelzen wie Schnee an der Sonne – einer Sonne, die durch ein, fürchte ich, nicht sehr freundliches Klima entgleist scheint ...

Es ist höchste Zeit, gegen das PSKF zu mobilisieren, das eine ganze Bevölkerung bestraft – und insbesondere die Schwächsten.

Komm auch:
PSKF ... im öffentlichen Dienst
Kundgebung
am Mittwoch, 4. Juni, um 17.30 Uhr,
Georges-Python-Platz, Freiburg

Isabelle Castella, Präsidentin der FEDE